

um die Überlegenheit der sozialistischen Gesellschaftsordnung, der auch in Westdeutschland die Zukunft gehört. Die Genossen des Büros für Territorialplanung der Bezirksplankommission Karl-Marx-Stadt konnten in ihrer Berichtswahlversammlung an Beispielen beweisen, daß die Mitarbeiter gute Erfolge in ihrer Arbeit haben, die die Rationalisierung nicht als Ressort angelegenheit sondern zugleich als Bestandteil der Stärkung unserer DDR betrachten. So ist es ihnen nach gründlicher Diskussion mit den LPG-Bauern gelungen, durch rationellere Nutzung der Schutzzonen der Talsperre Dröda einen jährlichen Gewinn von rund 49 000 MDN zu ermöglichen. Auf der 11. Tagung des Zentralkomitees betonte Genosse Ulbricht in seinem Referat zu den Problemen des Perspektivplanes bis 1970: „Nur wenn die Partei- und Staatsfunktionäre die Gesetze der gesellschaftlichen Entwicklung beherrschen, nur wenn sie alle Probleme der gesellschaftlichen Entwicklung im Zusammenhang sehen, nur wenn sie den Gesamtkomplex der sozialistischen Ökonomie beherrschen lernen, werden sie Einseitigkeiten und größere Fehler vermeiden können.“

Die Parteiorganisationen in den Staatsorganen, die sich diesen Fragen zuwenden, wie z. B. in den Räten der Bezirke Leipzig, Rostock, Halle u. a., handeln richtig, da das Verständnis für diese Probleme die Voraussetzung für eine qualifizierte Ausarbeitung des Perspektivplanes ist. In den Mitgliederversammlungen der Grundorganisationen ist deshalb über diese Zusammenhänge und über die vom Genossen Walter Ulbricht auf der Parteiaktivtagung in Berlin behandelten Fragen gründlich zu diskutieren. Für die APO der verschiedenen Abteilungen der Bezirksräte geht es darum, die spezifischen Fragen der Erarbeitung solcher Pläne wie Generalverkehrs- und -bebauungsplan zu beraten. Hier gilt es, besonders die Verantwortung jedes Mitarbeiters zu erklären, die er mit seiner Arbeit daran letztlich für einen optimalen Bezirksperspektivplan trägt.

Eine weitere wichtige Aufgabe der Parteiorganisationen in den Staatsorganen besteht darin, das Verständnis für die ökonomischen Gesetze und die Probleme der zweiten Etappe des neuen ökonomischen Systems zu vertiefen. Dabei ist die Auswertung der guten Erfahrungen ebenso richtig, wie die theoretische Durcharbeitung der Probleme.

In der Delegiertenkonferenz der Parteiorganisation des Rates des Bezirkes Magdeburg sagte der Genosse Hermann von der APO Handel und Versorgung, daß es vor allem darum geht, die Auseinandersetzung mit administrativen Arbeitsmethoden, mit dem Verteiler- und Kontingendenken zu führen. Völlig zu Recht unterstrich dieser Genosse, daß der weit verbreitete und manchem verantwortlichen Genossen auch lieb gewordene Standpunkt — die Produktion sei „für die Herstellung und der Handel für den Absatz verantwortlich — nicht mehr aufrechtzuerhalten ist. Es ist ein objektives Erfordernis, daß auch in den staatlichen Organen alle Bereiche im Interesse des optimalen Nutzens Zusammenwirken. Verständlich ist, daß die neuen objektiven Bedingungen, die mit der Entwicklung der Kooperationsbeziehungen auf allen Gebieten entstehen, auch ein neues Denken der Genossen und Mitarbeiter in den Staatsorganen und eine neue Arbeitsweise Platz greifen muß. Die Verantwortung der verschiedenen Organe und ihrer Mitarbeiter ist auf eine höhere Stufe gehoben. Ihr Denken und Handeln kann nicht mehr vom Ressort- und Fachstandpunkt beherrscht, sondern muß von den volkswirtschaftlichen Erfordernissen und Notwendigkeiten, von der Verantwortung für das Ganze getragen sein.

Das zu erreichen ist eine wichtige Aufgabe der Parteiorganisationen. Der Rechenschaftsbericht der Parteileitung des Rates des Bezirkes Magdeburg orientierte zu Recht darauf, daß alle Bereiche des Rates enger Zusammenarbeiten, ihre besten Erfahrungen und Arbeitsergebnisse austauschen, das heißt eine komplexe koordinierte

Methodische Ratschläge • Methodische Ratschläge • Methodische

Zur Arbeit mit Parteiauträgen

Jedes Parteimitglied ist nach dem Parteistatut verpflichtet, am Kampf um die Durchführung der Parteibeschlüsse teilzunehmen. Auch die Kandidaten sind in die aktive Parteiarbeit einzubeziehen. Den Parteileitungen obliegt es, diese Tätigkeit zu organisieren, und zwar so, daß sowohl in der Erfüllung der Parteiaufgaben wie

auch in der Partierziehung größtmögliches erreicht wird. Einer der bewährtesten Methoden ist die Arbeit mit dem Parteiauftrag.

Wer erhält Partei aufträge?

Nicht jeder Genosse ist befähigt, jede Aufgabe zu erfüllen. Darum müssen Neigungen, Fähigkeiten und Wissen der einzelnen Parteimitglieder und Kandidaten berücksichtigt werden. Das heißt aber nicht, daß nur bestimmte

Genossen Parteiaufträge ausführen können.

Die Parteiarbeit ist so vielfältig, daß durch entsprechende Parteiaufträge alle Genossen in die praktische Parteiarbeit einbezogen werden können.

Zum Inhalt:

Der Inhalt der Parteiaufträge ist verschieden, er richtet sich nach den

Aufgaben, die von einem oder